

Modell Europa Parlament

Goethe - Gymnasium Schwerin

Ausschuss für Bürgerliche Freiheit, Justiz, Inneres

Ausschussvorsitz: Lena Charlotte Ziesche

Geregelte Einwanderung in die EU: Wie kann die EU unter Berücksichtigung des geltenden Asylrechts eine geregelte Aufnahme der Flüchtlinge garantieren?

Das Modell Europa Parlament,

- A. Drängend auf die bürokratischen Hürden, angesichts der
 - i. Inhumanen Aufstauungen innerhalb einiger Mitgliedsstaaten,
 - ii. langsamen Bearbeitung von Asylanträgen,
- B. Alarmiert durch die ungenügende Begründung der Abschiebung,
- C. Angesichts der Aufnahmeverweigerung mancher EU Staaten,
- D. Besorgt über schlechte Aufenthaltsbedingungen der Flüchtlinge,
- E. Drängend auf Eindämmung illegaler Einwanderung,
- F. Beunruhigt über mangelnde Akzeptanz gegenüber den Flüchtlingen in manchen EU – Mitgliedsstaaten, in Bezug auf
 - i. die negative Darstellung der Flüchtlingsthematik in den Medien,
 - ii. fehlende Aufklärung im Arbeits- und Erziehungsumfeld der Bevölkerung

1. unterstützt durch finanzielle Mittel der EU und ihrer Mitgliedsstaaten die Optimierung der Aufenthaltsbedingungen;
2. Ruft zu einer EU-weiten Spendenaktion durch materielle Unterstützung der Mitbürger auf;
3. Drängend auf eine konsequente Einhaltung des Verteilungsschlüssels durch alle EU-Staaten
 - a. durch Strafzahlungen bei Nichteinhaltung des Verteilungsschlüssels
 - b. durch Prämienzahlung bei Übertreffung des Verteilungsschlüssels;
4. Führt ein einheitliches, digitalisiertes Aufnahmeverfahren, ermöglicht durch ein Karteisystem ein;
5. Zieht in Betracht, schnellst möglich ausgebildete Geflüchtete auf dem Arbeitsmarkt einzusetzen und ihre Qualifikation aus dem Heimatland in Europa fortzusetzen;
6. Schlägt vor, Qualifikationsbescheinigungen (legitimiert durch einen Test nach EU Standards) aus den Flüchtlingsländern leichter in den EU-Ländern zur Kenntnis zu nehmen;
7. Drängt zur Aufklärung der Bevölkerung im Bildungs- und Arbeitsbereich
 - a. durch Thematisierung der politischen Situation, Religion, und Kultur der Herkunftsländer der Geflüchteten;
8. Schlägt die Information der Bevölkerung durch eine multimediale Aufklärungskampagne vor;

9. fordert ausführliche schriftliche Erklärung mit Einbeziehung der nachvollziehbar festgesetzten Kriterien zur Abschiebung

a. religiöse und politische Verfolgung

b. verfassungswidriges Gedankengut des Geflüchteten

c. Vorstrafenregister mit Verstoß gegen die jeweilige Landesverfassung;

10. fordert Bereitstellung von juristischer Unterstützung bei Abschiebung durch

a. Rechtsanwälte*innen

b. Dolmetscher*innen;

11. gründet den Fond RAFF für die Finanzierung aller oben genannten Maßnahmen;

12. fordert das Präsidium auf, die Resolution an das Europäische Parlament, die Kommission und den Ministerrat weiterzuleiten.